

Zeitschrift: Der Fourier : offizielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen

Herausgeber: Schweizerischer Fourierverband

Band: 71 (1998)

Heft: 9

Artikel: Sicherheit durch Koordination

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-520129>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sicherheit durch Koordination

Bundesrat Adolf Ogi hat am 14. September in Bern die politischen Leitlinien des Bundesrats für die Ausrichtung des sicherheitspolitischen Berichts 2000 vorgestellt. Unter dem Titel «Sicherheit durch Kooperation» soll die Integration der verschiedenen sicherheitspolitischen Instrumente im Inland verbessert und die Zusammenarbeit mit anderen Staaten und Organisationen verstärkt werden.

OS. Der Chef des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz, Sport (VBS) umriss die wichtigsten Veränderungen der sicherheitspolitischen Lage in den letzten Jahren. Die Wahrscheinlichkeit einer militärischen Bedrohung sei stark vermindert, dafür seien neue Risiken wie Proliferation, organisierte Kriminalität und Informationskrieg

entstanden. Für einen Staat wie die Schweiz werde es zunehmend schwieriger, Sicherheit allein auf sich gestellt zu bewältigen. Es gehe deshalb darum, verstärkt an internationalen Bemühungen teilzunehmen, um solchen Gefahren entgegenzuwirken. Die Neutralität, so Bundesrat Ogi weiter, solle weder ausgehöhlt noch zu einem Mythos gemacht, sondern zeit-

gemäss und flexibel auf die Lage ausgerichtet werden. Die Schweiz könne auch nicht der NATO beitreten.

Grösster Veränderungsbedarf bei Armee und Bevölkerungsschutz

Die Gesamtverteidigungsstrukturen sollen durch ein umfassendes und anpassungsfähiges Sicherheitssystem ersetzt werden, sagte der VBS-Vorsteher. Armee, Aus- und Wirtschaftspolitik, Bevölkerungsschutz, Information und Informatik sowie innere Sicherheit würden auch weiterhin die sicherheitspolitischen Instrumente des Landes bilden. Den grössten Veränderungsbedarf unter diesen Elementen sieht Bundesrat Ogi bei der Armee und dem Bevölkerungsschutz.

Die (künftigen?) Aufgaben der Armee

Die heutigen drei Aufgaben der Armee - Friedensförderung, Verteidigung, Existenzsicherung - bleiben bestehen; sie müssen aber bedrohungsgerecht gewichtet werden.

Friedensförderung und Krisenbewältigung

Die Beiträge der Armee zur Friedensförderung und Krisenbewältigung sollen ausgeweitet werden. Zu diesem Zweck sollen geeignete Truppen im Verband ausgebildet und bereitgestellt werden, um - auf freiwilliger Basis - im internationalen Rahmen, unter einem UNO- oder OSZE-Mandat, eingesetzt werden zu können.

Ob schweizerische Truppen an solchen Einsätzen teilnehmen, soll der Bundesrat in jedem einzelnen Fall entscheiden. Damit diese Verbände ihren Auftrag erfüllen können, sollen sie zum Selbstschutz bewaffnet werden. Die Teilnahme an der Partnerschaft für den Frieden soll auch für gemeinsame Übungen mit Truppen im Hinblick auf solche Einsätze genutzt werden. Ausgeschlossen bleibt jedoch die Teilnahme an internationalen Übungen mit verteidigungspolitischer Zielsetzung.

Kriegsverhinderung und Verteidigung

Mit einer angemessenen Bereitschaft zur Kriegsverhinderung und Verteidigung wie auch zur Wahrung der Lufthoheit trägt die Armee bereits im Frieden zu Sicherheit und Stabilität bei. Unsere Armee soll insbesondere auch die Transversalen (Schienen, Strassen, Versorgungsleitungen) offenhalten.

An der allgemeinen Wehrpflicht und am Milizsystem soll grundsätzlich festgehalten werden. Der Anteil an Berufssoldaten soll dort ausgebaut werden, wo dies technische Anforderungen oder eine besonders hohe Bereitschaft verlangen. Neue Wehrmodelle mit der Möglichkeit der Dienstleistung am Stück oder der Einführung einer neuen Kategorie «Zeitsoldaten» sollen geprüft werden.

Existenzsicherung

Im Rahmen der Existenzsicherung wird die Armee auch weiterhin die zivilen Behörden im In- und Ausland unterstützen (subsidiäre Einsätze), beispielsweise bei der Bewältigung von Naturkatastrophen und zivilisationsbedingten Katastrophen.

Neue Wehrmodelle?

Die Armee werde auch künftig einen dreiteiligen Auftrag haben: Verteidigung, Existenzsicherung sowie Friedensförderung und Krisenbewältigung. VBS-Chef Adolf Ogi unterstrich aber, dass die Gewichtung der einzelnen Aufträge überprüft und der Lage angepasst werden müsse. So sollen die Beiträge der Armee zur Friedensförderung und Krisenbewältigung ausgeweitet werden. An der allgemeinen Wehrpflicht und dem Milizsystem soll grundsätzlich festgehalten werden. Bundesrat Ogi kündigte aber an, dass für gewisse Funktionen neue Wehrmodelle geprüft würden.

Eine visualisierte Version der sicherheitspolitischen Leitlinien kann entweder auf Internet (www.vbs.admin.ch) abgerufen oder als Broschüre bei der EDMZ in 3003 Bern bestellt werden.